Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 323 | Dienstag, den 20. November | Jahrgang 1928

Die außenpolitische Aussprache im Reichstag.

Beachtliche Reden des Reichsaußenministers Dr. Stresemann und des Zentrumsabgeordneten Dr. Kaas. / Die deutschen Forderungen: Räumung, Abrüstung und endgültige Lösung der Reparationsfrage. / Allgemeine Unzufriedenheit über die Haltung Frankreichs und Englands.

Trotz Enttäuschung weiter Verständigungspolitik.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(**Berlin**, 19. November (Drahtb.)

Der Reichstag hat heute die außenpolitische Debatte begonnen, die seinerzeit vom Auswärtigen Ausschuß nach der Septembertagung des Völkerbundes gewünscht worden war. Zum erstenmal seit vielen Monaten trat der von schwerer Krankheit genesene Außenminister Dr. Stresemann wieder persönlich vor das Parlament. In kurzer und sachlicher Rede zeichnete er ein Bild von dem gegenwärtigen Stand der deutschen Außenpolitik. Er unterstrich noch einmal, wie das ja in den Wochen nach Genf von den amtlichen deutschen Stellen wiederholt geschehen ist, die allgemeine Enttäuschung darüber, daß in der Räumungsfrage bisher nichts Positives erreicht wurde, und hinsichtlich der künftigen Reparationsverhandlungen stellte er den Grundsatz auf, daß das Sachverständigenkomitee Deutschland nach seiner tatsächlichen Leistungsfähigkeit beurteilen müsse.

Als erster Parteiredner kam Graf Westarp von den Deutschnationalen zu Wort. Daß er die Locarno-Politik einer heftigen Kritik unterzog, war selbstverständlich. Er wußte aber auch nicht einen einzigen Fingerzeig zu geben, wie die deutsche Außenpolitik in der Zukunft positiver dirigiert werden könne. Eine großzügig angelegte Rede hielt nach Westarp der Zentrumsabgeordnete Dr. Kaas. Er wies zunächst das unsinnige Gerede von einem Gegensatz zwischen Zentrum und Stresemann, über das in den letzten Tagen vielfach die Presse und politische Kreise sich äußerten, als haltlos nach und übte dann eine in der Form zwar vornehme, in der Sache aber gründliche Kritik an manchen Phasen der bisherigen Außenpolitik. Mit Nachdruck betonte er, daß die Autorität der deutschen Reichsregierung, die in den kommenden Wochen und Monaten vielleicht den schwersten Gang seit Versailles und London anzutreten habe, so gestärkt werden müsse, daß, soweit es auf das deutsche Parlament ankomme, die Voraussetzungen für einen achtbaren Erfolg geschaffen würden. Die Ausführungen dieses Redners ließen im übrigen eindeutig erkennen, daß man in seiner Fraktion hinsichtlich der letzten Ereignisse auf außenpolitischem Gebiet keinerlei Anlaß zu besonderem Optimismus zu erblicken vermag. Trotz allem aber forderte er „Festhalten an der Politik der Verständigung und der Verteidigung der Rechte der Souveränität, die uns im Rheinland noch geblieben sind." „Solange von der Gegenseite", sagte er weiter, „nicht eine klare Lösung der Räumungsfrage zugestanden ist, dürfen wir uns auf verschleierte Abstriche von unserer Souveränität nicht einlassen. Lieber ein klares Nein, als ein halbes Ja." Ebenso sprach Kaas zweifellos im Sinne des ganzen deutschen Volkes, wenn er hinsichtlich der endgültigen Reparationsregelung forderte, daß die Belastung Deutschlands ihre Grenze in der kulturellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands haben müsse. Die Rede fand im ganzen Hause und auf der Regierungsbank stärkste Beachtung.

Sodann sprachen noch Dr. Dernburg für die Demokraten und Dr. Bredt für die Wirtschaftspartei. Beide stimmten im wesentlichen den Ausführungen des Ministers zu und erklärten, wie vorher schon der Zentrumsvertreter, daß an der Verständigungspolitik trotz aller Enttäuschungen festgehalten werden müsse.

★

Eine vierstündige parlamentarische Redeschlacht.

:: **Berlin**, 19. November.

Auf der Tagesordnung der stark besuchten Reichstagssitzung, die um 3 Uhr begann, stand als einziger Punkt:

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik.

Mit der außenpolitischen Debatte wurden verbunden Anträge der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Demokraten, die sich auf das besetzte Gebiet beziehen und eine Interpellation der Wirtschaftspartei über die französischen Manöver im besetzten Gebiet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Abg. Frick (Nat. Soz), seine Freunde hätten der Ausschußentschließung zur Aussperrung zugestimmt.

Präsident Loebe erklärte dann unter lautem Beifall: „Es gereicht mir zur Freude, dem nach langer Krankheit genesenen Herrn Reichsaußenminister das Wort erteilen zu dürfen."

Dann nahm

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

das Wort und führte u. a. folgendes aus:

„Nach längerem erzwungenen Fernsein, habe ich zum ersten Male wieder die Ehre, vor Ihnen über die aktuellen Fragen der deutschen Außenpolitik zu sprechen. Den für uns wichtigen Verhandlungen der Septembervölkerbundstagung konnte ich nicht beiwohnen. Umsomehr fühle ich mich verpflichtet, meinen Dank dem Herrn Reichskanzler auszusprechen, der, als mir die Teilnahme an dieser Vollversammlung des Völkerbundes unmöglich wurde, ohne Zögern meine Bitte erfüllt hat, an meiner Stelle an die Spitze der Delegation in Genf zu treten. Mit meinem Dank an ihn möchte ich die Erklärung verbinden, daß ich

für alle Schritte, die von Deutschland in den letzten Monaten auf außenpolitischem Gebiet getan worden sind, meinerseits die volle Verantwortung mit übernehme,

und zwar nicht nur nach der formalen Seite, sondern auch auf Grund der Ueberstimmung der Anschauungen.

Lassen Sie mich drei Fragen in den Mittelpunkt meiner Erklärung stellen: Die Frage der Räumung, der Abrüstung und vor allem die Lösung der Reparationsfrage. Die deutsche Reichsregierung hat vor der diesjährigen Vollversammlung des Völkerbundes die beteiligten Regierungen auf diplomatischem Wege davon in Kenntnis gesetzt, daß sie beabsichtige, in Genf

die Räumungsfrage

offiziell aufzuwerfen. Die Kritik dieses Schrittes, die sich darauf stützt, daß man einen Mißerfolg hätte voraussehen müssen, kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Wir können diese Frage nicht aus den Gesichtspunkten der Taktik und Opportunität behandeln. Der Zeitpunkt war gekommen, die Räumungsfrage aus der Sphäre inoffizieller und vertraulicher Besprechungen herauszubringen und unseren Anspruch den Besatzungsmächten gegenüber in aller Form geltend zu machen. Nicht nur Deutschland, sondern auch weiteste Kreise des Auslandes empfinden die heute noch fortdauernde Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiet als einen krassen Gegensatz zu der Entwicklung der internationalen Politik in den letzten Jahren. Wenn wir von unserem rechtlichen, moralischen und politischen Anspruch auf alsbaldige Räumung überzeugt sind, mußte dieser Anspruch nicht nur in einseitigen Erklärungen im deutschen Parlament, sondern auch in offizieller internationaler Form der Gegenseite gegenüber zum Ausdruck gebracht werden. Wir brauchten und brauchen auch heute nicht zu befürchten, daß auch eine negative Klärung der Lage für die internationale Stellung Deutschlands irgendwie von Nachteil sein könnte.

Auf den Verlauf der Genfer Verhandlungen in dieser Frage brauche ich nicht näher einzugehen.

Es war für das deutsche Volk eine tiefe Enttäuschung, daß wir mit unserem Anspruch in Genf nicht durchgedrungen sind.

Unsere Verhandlungsgegner haben eine Auffassung vertreten, die wir rechtlich nicht anerkennen können, und die politisch der Gegensatz zu einer Förderung der gemeinsamen Interessen der beteiligten Völker ist. Deutschland wird unbeirrt dabei verharren, daß es einen Anspruch auf alsbaldige Räumung des gesamten besetzten Gebietes hat und daß

dieser Anspruch weder von der Lösung anderer Probleme, noch von sonstigen Bedingungen irgendwelcher Art abhängt.

Deutschland wird in seinem Recht verletzt, solange dieser Anspruch nicht erfüllt wird. Es kann deshalb

für uns nicht inbetracht kommen, für die Räumung politische Belastungen, deren Wirkung sich über die Dauer der vertragsmäßigen Besatzungsfristen erstrecken würden, in irgendwelcher Art auf uns zu nehmen.

Ebensowenig besteht für uns die Möglichkeit, die Räumung mit Gegenleistungen finanzieller Art zu erkaufen. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß noch vor wenigen Tagen auch von maßgebender britischer Seite grundsätzlich anerkannt worden ist, daß es sich bei der Räumung der besetzten Gebiete und bei der Regelung der Reparationsfrage um zwei völlig getrennte Dinge handelt. Wir müssen erwarten, daß sich dieser Standpunkt nun auch praktisch auswirkt und dazu führt, Deutschland endlich von den fremden Truppen zu befreien. In den Augen des deutschen Volkes ohne Unterschied der Parteien erscheint der bisherige Verlauf der Räumungsverhandlungen als ein Rückschlag, der das Vertrauen auf den guten Willen der Gegenseite ernstlich beeinträchtigen muß. Das gilt auch für diejenigen Länder, die es als ihre grundsätzliche Auffassung bezeichnen, daß sie kein Interesse an der weiteren Aufrechterhaltung der Besatzung hätten, die aber ihre grundsätzliche Auffassung bisher in die Wirklichkeit nicht umgesetzt haben.

Ein freundschaftliches Zusammenwirken Deutschlands mit fremden Ländern kann moralisch nicht fundiert werden, solange diese Freundschaft zu dem deutschen Volke durch die Waffen fremder Besatzungen verfinsterbildlicht wird.

Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß auch der Geist der Besatzung in den Rheinlanden einen Rückschlag erfahren hat, der naturgemäß auch auf die deutsche Bevölkerung des besetzten Gebietes gewirkt hat.

An den Verlauf der Genfer Verhandlungen sind in der Oeffentlichkeit Betrachtungen geknüpft worden, die in ihrer schärfsten Formulierung auf die Behauptung hinauslaufen, daß die in den letzten Jahren verfolgte deutsche Außenpolitik sich nun endgültig als verfehlt erwiesen habe. Obwohl ich selbst soeben einen Rückschlag dieser Politik habe feststellen müssen, halte ich es für notwendig, für ihre Grundlinie und deren konsequente Fortsetzung hier in voller Oeffentlichkeit einzutreten. Man sieht in unserer Politik ängstliche Rücksichtnahme und wünscht sie zu ersetzen durch eine Politik nüchterner Wahrung deutschen Rechtes und deutscher Interessen. Man hat hinzugefügt, daß es für uns darauf ankomme, uns in freier Wahl die Unterstützung da zu suchen, wo sie zu finden sei. Ist unsere Politik nicht eine Realität gegenüber dem Phantom, zu glauben, daß die uns fehlende Großmachtstellung sich mit negativen Protesten und Kraftworten erreichen ließe? Ist unsere Politik nicht die Grundlage für alle Forderungen, die wir im Interesse unseres Landes stellen müssen?

Ich kenne keine feste Bindungen an einzelne Großmächte, die gelöst werden müßten, um uns die notwendige Bewegungsfreiheit zur friedlichen Verständigung mit anderen Mächten zu verschaffen.

Ich kann auch nicht zugeben, daß eine ängstliche Rücksichtnahme uns an der nüchternen Wahrung der deutschen Rechte und Interessen gehindert hätte. Ich sehe keine Unterstützung, die uns irgendwie in der Weise gewährt würde, daß sie uns anstelle des angeblichen Phantoms einer Großmachtstellung die tatsächliche politische Machtstellung gäbe. Ich möchte im Gegenteil davor warnen Möglichkeiten vorzutäuschen, die in Wahrheit nicht gegeben sind. Selbst wenn sich die Auffassung als richtig erweisen würde, von der die Kritik ausgeht, nämlich die Auffassung, daß auch künftig der erforderliche gute Wille fehlen würde, den berechtigten Ansprüchen Deutschlands jetzt nachzugeben, so würde sich die Politik umsomehr als notwendig erweisen, die wir durch die vertragsmäßig erfolgte Sicherung unserer Westgrenzen durchgeführt haben und die angesichts unserer völligen militärischen Machtlosigkeit allein für uns in Betracht kommen kann. Ein Politik der friedlichen Verständigung und des Versuchs der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen auch zu unseren früheren Gegnern ist nicht nur eine absolute Notwendigkeit für die deutsche Politik, jeder Außenminister und jede Regierungskoalition würde auch durch den Zwang der realen Erwägungen gezwungen sein, dieselbe Einstellung zu nehmen, wenn sie sich nicht an der Existenz des Reiches versündigen wollten.

Nun sind gegen die Wirkung der Verträge, die der Sicherung des Rheinlandes galten, in letzter Zeit vielfach Bedenken laut geworden, die in Zusammenhang mit den Verhandlungen stehen, die zwischen zwei Partnern des Rheinpaktes von Locarno stattgefunden haben. Was die sachliche Seite des

Abrüstungsproblems

anbelangt, so ist der Standpunkt Deutschlands in Genf öffentlich dargelegt worden. Wir werden an diesem Standpunkt auch künftig festzuhalten haben. Das erwähnte Flottenkompromiß mit seinen Nebenabreden ist nach den Tatsachen, die letzthin bekannt geworden sind, als erledigt anzusehen. Sonderbesprechungen zwischen einzelnen Regierungen dürfen nicht darauf hinauslaufen, den daran Beteiligten die Erhaltung derjenigen Rüstungsfaktoren zu garantieren, an denen ihnen jeweils am meisten gelegen ist. In dieser Hinsicht möchte ich namentlich in der

Frage der ausgebildeten Reserven

darauf hinweisen, daß nach der eigenen Auffassung der britischen Regierung eine Berücksichtigung dieses Rüstungsfaktors bei der allgemeinen Abrüstung einen wesentlichen Mangel darstellen würde. Wichtiger sind die politischen Bedenken. Wenn zwei Mächte, denen nach der Konstruktion des Locarnopaktes eine wesentlich verschiedene Rolle zufällt, auf militärischem Gebiete tatsächlich weitreichende Vereinbarungen getroffen hätten,

so würde das an die Grundlagen des Rheinpaktes von Locarno rühren.

Als Garant eines Paktes weitgehende militärische Vereinbarungen mit einer der beteiligten Mächte zu treffen, würde Sinn, Grundlage und Bestehen eines derartigen Paktes widersprechen. Ich halte es aber für meine Pflicht, festzustellen, daß derartigen Bedenken der Boden entzogen worden ist durch die Erklärungen, die von den verantwortlichen Vertretern der Mächte zu wiederholten Malen abgegeben worden sind.

Die wichtigste Aufgabe, die der deutschen Außenpolitik und auch der deutschen Finanzpolitik gegenwärtig obliegt, ist

die Reparationsfrage.

Wenn das Sachverständigengremium seinen Zweck erfüllen soll, muß es sich frei wissen von einseitigen politischen Gesichtspunkten und muß sich leiten lassen von dem allgemeinen Interesse am Aufbau der Weltwirtschaft und an der Sicherheit der internationalen Handels- und

Noch keine Entscheidung in Düsseldorf.

Vor Anfang nächster Woche keine Beilegung der Aussperrung.

÷ **Düsseldorf**, 19. Nov. Die heute vormittag um 9 Uhr fortgeführten Verhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter der Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe waren bis heute mittag noch nicht zum Abschluß gekommen, sie wurden nach einer kurzen Mittagspause fortgesetzt. Es hieß in einer Privatmeldung: „Selbst wenn man über die großen Grundlinien einig ist, zeigen sich bei Festlegung von Einzelheiten immer noch Schwierigkeiten. Sie müssen erst überwunden werden." Gegen abend wurde dann folgende offizielle Mitteilung ausgegeben: „Die Verhandlungen im Eisenkonflikt gehen weiter. Die Vertreter der Gewerkschaften treten an ihre Mitglieder heran, um ihnen von den bisherigen Ergebnissen Mitteilung zu machen und sich Weisungen zu holen. Die Verhandlungen werden sofort nach Eingang der Erklärungen fortgesetzt werden." Die „Köln. Volksztg." hatte sich bereits heute mittag melden lassen, daß am Donnerstag in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werden würde. Die Mitteilung der Regierung, die noch immer nicht die Entscheidung bringt, hat daraufhin stark enttäuscht. Wenn nunmehr die Gewerkschaften am Dienstag erst mit ihren Mitgliedern in Verbindung treten, um sich nähere Weisungen für die weiteren Verhandlungen zu holen, so kann angenommen werden, daß die Parteien erst wieder am Donnerstag zu Verhandlungen zusammenkommen werden. Daher ist mit einer Wiederinbetriebnahme der Werke nicht vor Anfang nächster Woche zu rechnen.

★

Die Konferenz der rheinisch-westfälischen Stadtverwaltungen.

Mittel für die Ausgesperrten.

× **Essen**, 19. Nov. Unter dem Vorsitz des preußischen Wohlfahrtsministers Dr. Hirtsiefer war am Montag eine größeren Anzahl von Vertretern aller beteiligten Reichs- und Staatsressorts sowie die Vertreter der im Bereich des Aussperrungsgebietes beteiligten Gemeinde- und Gemeindeverbände im Essener Rathaus versammelt, um über die Frage der Bereitstellung von Reichsmitteln für die durch die Aussperrung betroffenen Gemeinde- und Gemeindeverbände Erhebungen an Ort und Stelle anzustellen. Die Neuregelung erfolgt am heutigen Montag. Die Unterstützung der von der Aussperrung in Nordwest betroffenen Arbeitnehmer erfolgt zunächst auf der gesetzlichen Grundlage der Mindestleistungen nach der Fürsorgepflichtverordnung mit den örtlichen Verschiedenheiten, die sich aus der den Bezirksfürsorgeverbänden zustehenden Verordnungsbefugnis für die öffentliche Fürsorge ergaben. Da die Gemeinden und Gemeindeverbände die sich hieraus ergebenden Lasten nicht allein tragen können, hat der Reichstag in Uebereinstimmung mit einer Entschließung des Landtages die Reichsregierung ermächtigt, zur Abstellung der Notstände nach näherer Vereinbarung mit Preußen Mittel zur Verfügung zu stellen, um den im genannten Gebiet gelegenen Gemeinden (Gemeindeverbänden) in Gemeinschaft mit Preußen eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflicht zu ermöglichen. Auf Grund dieser Ermächtigung und der inzwischen getroffenen Vereinbarungen erfolgt nunmehr nach den heutigen Verhandlungen die Unterstützung der von der Aussperrung Betroffenen aus der öffentlichen Fürsorge einheitlich auf Grund der Richtlinien, die der besonderen Lage des Falles Rechnung tragen. Nach diesen Richtlinien erhalten vom heutigen Montag ab die von der Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer folgende Unterstützung für die Woche:

I. Grundsätzlich ist jeder von der Aussperrung betroffene Arbeitnehmer und seine Familie als hilfsbedürftig anzusehen. Ersatz der Leistungen, die aus Anlaß der Aussperrung von den Fürsorgeverbänden bis jetzt gewährt worden sind und gewährt werden, darf weder von dem Unterstützten, noch von dessen Unterhalt verpflichteten Dritten gefordert werden.

II. Die Bedürftigkeit ist bis zum vollen Betrage folgender wöchentlicher Unterstützungssätze anzuerkennen:

1. für eine alleinstehende Person ohne eigenen Haushalt 8 Reichsmark,
2. für eine alleinstehende Person mit eigenem Haushalt 12 Reichsmark,
3. für Ehepaare 16 Reichsmark,
4. für jede im Haushalt des Hauptunterstützungsempfängers zu versorgende Person 3,50 Reichsmark,
5. Die Unterstützungen können auch in Sachleistungen erfolgen.
6. Bereits geleistete Unterstützungen der öffentlichen Fürsorge sind, soweit sie für die Zeit über den 18. November berechnet waren, anzurechnen,
7. Die Unterstützungen sind vorbehaltlich anderweitiger Bestimmung bis zur ersten Lohnzahlung zu leisten.

III. Den Bezirksfürsorgeverbänden werden von den Leistungen, die sie im Rahmen von II. erhalten, 85 vom Hundert erstattet. An den ihnen zur Last fallenden 15 v. H. dürfen die Landkreise der kreisangehörenden Gemeinden oder engeren Gemeindeverbände sich beteiligen.

★

Kirchenkollekte für die Ausgesperrten.

Münster i. W., 19. Nov. Der Bischof von Münster gibt im „Kirchlichen Anzeiger" bekannt, daß am ersten Adventssonntag, am 2. Dezember, in allen Kirchen und Kapellen eine Kollekte für die Ausgesperrten abgehalten wird, und bittet alle Diözesanen, nach ihrem Vermögen zur Linderung dieser Not beizutragen, denn es sei heilige Pflicht, nach Kräften diesen Notleidenden zu Hilfe zu kommen. Viele Arbeiterfamilien im Industriegebiet innerhalb der Diözese Münster seien infolge der Aussperrung und der Arbeitseinschränkungen brotlos geworden und gingen bitterer Not entgegen. Zugleich legt der Bischof den Diözesanen nahe, inständig um eine baldige glückliche Beilegung dieser Wirtschaftskämpfe zu beten.

Kreditbeziehungen. Die Freiheit der Entschließung, den Vorschlägen der Sachverständigenkommission gegenüber bleibt den Regierungen selbstverständlich gewahrt. Der Augenblick für internationale Verhandlungen über den Inhalt der Endregelung und für die von den Regierungen zu treffenden politischen Entschließungen wird erst dann gekommen sein, wenn das Ergebnis der Arbeiten der Sachverständigenkommission ihnen vorliegt. Die Reichsregierung kann sich einstweilen auf die Betonung eines allgemeinen Grundsatzes beschränken, daß

von einer wirklichen Lösung der Reparationsfrage nur dann gesprochen werden kann, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht übersteigt,

d. h. wenn sie uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen dauernd aus eigener Wirtschaftskraft und ohne Gefährdung der Lebenshaltung unseres Volkes ermöglicht. Solange eine den wirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechende Endlösung fehlt, besteht eine gefährliche Unsicherheit für Wirtschaft und Finanzen. Eine solche Unsicherheit muß die Rückkehr zu normalen Beziehungen im internationalen Handel und im Kreditwesen aufs schwerste behindern. Gelingt es eine Endlösung zu finden, die von allen Beteiligten in freier Entschließung als wirtschaftlich vernünftig erkannt und angenommen werden kann, dann ist der wichtigste Schritt zur Liquidierung der unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges getan.

Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne des

Kelloggpaktes

zu gedenken. Der Kelloggpakt bedeutet das, was die Regierung und die Völker selbst aus ihm machen. Deutschland hat alles Interesse daran und wird das Seinige dazu beitragen, daß die großen Gedanken, die dem Pakt zugrundeliegen, immer mehr lebendige Wirklichkeit werden.

Die kaum halbstündige Rede des Ministers wurde wiederholt, besonders bei der Kritik des versuchten englisch-französischen Rüstungsabkommens, durch Beifallskundgebungen der Mehrheit begleitet.

Abg. Graf Westarp (Dtn.)

erhielt in der Aussprache als erster Redner das Wort entsprechend der vom Präsidenten Loebe neu angewandten Methode, die Redner nicht mehr nach der Fraktionsstärke einander folgen zu lassen, sondern zwischen Zustimmung und Opposition abwechseln zu lassen.

Das Schlußergebnis der Genfer Verhandlungen, erklärte Graf Westarp, ist das: Die Friedensoffensive, die der Reichsaußenminister 1924—1925 eröffnete, hat den von ihm erwarteten und den verheißenen Erfolg nicht gebracht. Die dadurch eingeleitete Episode der Politik von Locarno hat ihren negativen Abschluß gefunden. Trotz der Erklärungen der englischen und französischen Staatsmänner, durch die das offizielle englisch-französische Militärabkommen erledigt wurde, ist das Vertrauen zu England als einem unparteiischen Garanten unserer Westgrenze nicht wiederhergestellt. Gewiß, eine formell rechtliche Verpflichtung Englands gibt es nicht, aber ohne formell rechtliche Verpflichtung ist England 1914 an Frankreichs Seite gegen Deutschland in den Krieg gezogen, ohne formell rechtliche Verpflichtung wird es weiter den französischen Standpunkt in der Rüstungsfrage unterstützen. Da ist es eine starke Zumutung selbst an deutsche Vertrauensseligkeit, wenn man von uns noch Vertrauen zu England als Garanten der Sicherheit unserer Westgrenze erwartet. Die Tragikomödie der Abrüstungsverhandlungen hat ihren Abschluß gefunden durch die rücksichtslose Erklärung Briands, daß Deutschland aus dem Locarnovakt keinen Anspruch auf frühere Räumung herleiten könne. Diese Erklärung gibt Klarheit darüber, daß

die Locarnopolitik ihren Zweck verfehlt,

daß sie den Erfolg nicht erreicht hat, den man sich davon versprach. Aus diesem negativen Ergebnis sollten von unserer Regierung die richtigen Schlüsse für die Zukunft gezogen werden. Die „Germania" hat ja schon festgestellt, daß der „Geist von Locarno" zum Schemen geworden sei. Wir haben es begrüßt, daß Reichskanzler Müller durch seine scharfe Anmeldung unserer Forderungen in Genf dazu beigetragen hat, die unbarmherzige Klarheit herbeizuführen. Er hat leider diesen richtigen Weg verlassen durch das Abkommen vom 16. September über die weiteren Räumungs- und Reparationsverhandlungen. Die Zustände im besetzten Gebiet sind unerhört und unmöglich. Aber dennoch sind wir mit der ganzen Bevölkerung dieses Gebiets darin einig, daß eine Abkürzung der Besetzung unter keinen Umständen durch neue deutsche Dauerleistungen erkauft werden darf. Scharfen Protest müssen wir einlegen gegen

die Sonderverhandlungen, die die Abgeordneten Dr. Breitscheid und Georg Bernhard in Genf mit Briand geführt haben.

Sie haben dadurch die Stellung der deutschen Delegation schwer geschädigt. Wir müssen uns für die Zukunft solche Seitensprünge der beiden Herren ganz energisch verbitten. (Abg. Dr. Breitscheid (Soz): „Sie haben sich gerade was zu verbitten!") Wenn bei den künftigen Verhandlungen die Reparationsfrage mit der Räumungsfrage verquickt werden soll, dann sollte unsere Regierung erklären, daß sie an solchen Verhandlungen überhaupt kein Interesse mehr hat. Der von Frankreich bisher eingenommene Standpunkt ist für uns ganz unannehmbar.

Die Kriegsschuld der Alliierten an Amerika geht uns ganz und gar nichts an.

Wenn wir über die schweren Schädigungen, die uns durch das Versailler Diktat und die weiteren Maßnahmen der Entente zugefügt wurden, eine Gegenrechnung aufmachen, so ist Deutschlands Reparationsschuld schon getilgt. Wir müssen bei den Verhandlungen wirklich objektive wirtschaftliche Sachverständige hören. Zerstört werden muß das Scheinbild von der wirtschaftlichen Blüte Deutschlands und das trügerische Scheinbild, daß der Dawesplan bisher gut funktioniert habe. Tatsächlich ist die deutsche Wirtschaft heute schon so in ihrer Kraft herabgedrückt, daß sie den deutschen Arbeiter nicht den Lebensstandard geben kann, der ihm gebührt. Nur die 10 Milliarden Auslandsanleihen haben das Trugbild aufrechterhalten, daß der Dawespakt funktioniert habe. Deshalb müßten die Pläne abgelehnt werden, die sich auf die sogenannte Kommerzialisierung beziehen.

Reparationsschuld ohne Transferschutz würde der Gewaltpolitik Frankreichs den Vorwand zu Sanktionen liefern können, um dazu das Rheinland weiter als Pfand zu behalten.

Wir erwarten bei den Verhandlungen also ein für Deutschland annehmbares Ergebnis nicht; wenn es aber zu unmöglichen Forderungen kommt, erwarten wir zum erstenmal ein deutsches Nein. (Beifall rechts.)

Der Redner betonte weiter besonders die Unhaltbarkeit des polnischen Korridors. Die Gefahr für Ostpreußen werde von Tag zu Tag größer. Durch gewissenlose Propaganda in der Bevölkerung rufe Polen den Eindruck hervor, als sei die Preisgabe beschlossene Sache oder doch nicht mehr aufzuhalten. (Hört, hört! bei den Dn.) Mit schwerer Sorge müsse man besonders auf

die polnischen Handelsvertragsverhandlungen

blicken. Der Redner forderte zum Schluß, daß der Widerruf der Kriegsschuldlüge an die Spitze der Reparationsverhandlungen gesetzt werde. Wenn der Innenminister in seiner Rundfunkrede gesagt habe, jeder deutsche Republikaner wisse, daß er zuerst als Mensch und dann als Deutscher auf die Welt gekommen sei, so müsse das lebhaften Widerspruch hervorrufen. Dem Innenminister und seiner Partei des internationalen Pazifismus nach außen, so schloß der Redner, rufen wir die Mahnung aus einer Denkschrift des Großen Kurfürsten zu, die mit der zornigen Klage beginnt, daß die deutschen Stämme fremder Nationen Gefangene seien, und mit den Worten endet: Bedenke, daß du ein Deutscher bist! (Lebhafter Beifall rechts.)

Um den Sachverständigen-Ausschuß.

Frankreichs abweichende Stellungnahme.

Paris, 19. Nov. Die Absicht der alliierten Regierungen, zum Teil getrennt, zum Teil gemeinsam der Reichsregierung ihre Auffassung über die Arbeit der Sachverständigen-Kommission bekannt zu geben, wird in Pariser ausländischen diplomatischen Kreisen folgendermaßen erklärt:

Anfänglich habe die französische Regierung den Vorschlag gemacht, der Reichsregierung in einer gemeinsamen Note mitzuteilen, daß die Arbeit der Sachverständigen sich nur auf die Festsetzung der Endsumme und die Jahresleistungen zu beschränken habe. Die Frage nach der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sollte nicht untersucht werden, da sie nach Auffassung der französischen Regierung bereits durch den Dawespakt endgültig beantwortet sei. Auch habe die französische Regierung mitteilen wollen, daß in der Höhe der Jahreszahlungen keine wesentlichen Aenderungen eintreten dürften. Diese Auffassung Frankreichs habe jedoch nicht die Zustimmung Englands gefunden, das gegen eine Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit grundsätzlich nichts einzuwenden gehabt habe. So sei denn nichts anderes übrig geblieben, als in getrennten Schriftstücken der deutschen Regierung die verschiedenen Auslassungen auseinanderzusetzen, wobei man im wesentlichen von zwei verschiedenen Auffassungen sprechen könne: Der französisch-belgischen und der englisch-italienischen. Frankreich werde aller Voraussicht nach in seinem Memorandum die Auffassung entwickeln, daß Deutschland nicht nur die französischen Schulden decken, sondern auch für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eine bestimmte Summe bezahlen müsse, — letztere dürfte vermutlich 100 Milliarden Franken gleich 16⅔ Milliarden Goldmark betragen — während die englische Antwort von der Balfournote ausgehen dürfte. Die gemeinsame Note der Alliierten werde dagegen die allgemeine Zustimmung der Alliierten zur Einberufung der Sachverständigen-Konferenz, deren Namen und die Angabe von Zeit und Ort enthalten.

★

Ueberreichung der britischen Denkschrift.

London, 19. Nov. Wie der amtliche englische Funkdienst meldet, ist die Denkschrift, in der die englische Auffassung zur Reparationsfrage dargelegt wird, der deutschen Regierung durch ihren Botschafter in London mitgeteilt worden.

Der weibliche Domela.

Die Kuhmagd als Prinzessin Margarete von Preußen.

„Prinzessin Margarete von Preußen", wie sie sich selbst nannte, nach der Anklage Kuhmagd Martha Barth aus Bad Berka — muß sich am 27. November vor dem Großen Schöffengericht in Erfurt wegen ihrer zahlreichen Hochstapeleien verantworten. In 25 Fällen ist sie wegen Betruges und Urkundenfälschung angeklagt. Drei Jahre spielte Martha Barth im thüringischen Städtchen die Rolle der „Prinzessin Margarete" in Erfurt, Eisenach, Ilmenau und anderwärts. Ueberall fiel man auf die kleine, ungepflegte und unintelligent aussehende Person herein, sobald sie ihr Bild im feschen Reitanzug, im Jagdkleid, im eleganten Schwimmkostüm oder im schicken Gesellschafts- oder Straßenkleid ihren Gönnern gezeigt hatte. Die Prinzessin brauchte nur den Deckel ihres Koffers hochzunehmen und einen Blick auf die dort liegende große Hoftoilette mit blitzendem Diadem aus angeblich echtem Golde zu gestatten, sofort erhielt sie jede gewünschte Summe in bar. Im Koffer waren auch Berge von Brillanten und Perlen — alles für ein paar Mark in Berlin gekauft.

Wenn das Herz spricht . . .

Martha Barth spielte ihre Rolle mit größtem Erfolg. Viel sicherer und besser als Domela. Die Hochstapeleien wechselten mit Liebesabenteuern ab. Beste Gesellschaftskreise machten sich eine Ehre daraus, mit der „Prinzessin Margarete von Preußen" näher bekannt zu sein. Ueber die Verwandtschaftsverhältnisse ihrer Familie war die Prinzessin bestens orientiert. Die Kenntnisse hatte sie aus dem Haushalt des Prinzen August Wilhelm, in dem sie längere Zeit als Kuhmagd beschäftigt gewesen war. Nur durch einen Zufall kam der ganze Schwindel heraus. „Margarete von Preußen" hatte zwei Erfurter Damen, die sie um ihr ganzes Vermögen gebracht hatte, erzählt, sie müsse zu ihren Verwandten nach Potsdam reisen. Die Damen fuhren der Prinzessin nach, sie wollten die Prinzessin in Berlin besuchen und einmal in einem richtigen Königshause bei ihrer Freundin speisen. Die Damen fuhren vom Bahnhof Potsdam in das Palais des Prinzen August Wilhelm, um dort die Prinzessin Margarete zu sprechen. Leider erhielten sie die Auskunft, daß Prinzessin Margarete von Preußen bereits 1850 gestorben war. Die Erfurterinnen ließen nicht locker, im ganzen Schloß gingen sie herum, bis sie für ihr Suchen belohnt wurden. Im Kuhstall stand Prinzessin „Margarete von Preußen". Die „Prinzessin" gab die Schlacht noch nicht verloren. Sie erklärte ihren Besucherinnen, sie müsse sich selbst um die ganze Wirtschaft kümmern, weil während ihrer Abwesenheit alles drunter und drüber gegangen sei. Die Damen sollten nur in Potsdam bleiben, am andern Tage würden sie ins Schloß eingeladen. Aber es war geschehen. Die Erfurterinnen ließen nicht locker, sie warteten, bis die Prinzessin aus dem Stall heraus war, und erfuhren dann von den anderen Angestellten, wie sie hereingefallen waren: Martha Barth war nach Berlin gereist, um ihre Freunde und Freundinnen im Marstall zu besuchen.

30 Zeugen.

In der Hauptverhandlung werden 30 Zeugen und zahlreiche medizinische Sachverständige auftreten. Die Zeugen werden bekunden, welchen Glauben die Erzählungen der falschen Prinzessin bei ihnen gefunden haben, jener Prinzessin, die einzelnen Freunden nicht verschwieg, daß sie dem Kronprinzen zur linken Hand anvertraut sei, und besonders Bevorzugten vertraulich erzählte, daß ihr Vater der König von Griechenland sei. „Margarete von Preußen" war mehr als ein Jahr in Untersuchungshaft; wegen schwerer Krankheit mußte sie schließlich entlassen werden.

Abg. Dr. Kaas (Z.):

Nach den Debatten der letzten Tage und nach der Panzerkreuzersonate des Kollegen Wels (Heiterkeit) legt man nicht mehr einen so strengen Maßstab an die Begriffe „Regierungspartei" und „Oppositionspartei". So ist es wohl auch zu erklären, daß die Rede des Vertreters der größten Oppositionspartei außerordentlich maßvoll gehalten war. Uns liegt es fern,

die unleugbaren Mißerfolge und die Stagnation der deutschen Außenpolitik in der letzten Zeit

in Erfolge umdeuten zu wollen. Der Sinn dieser außenpolitischen Debatte ist, die Autorität der deutschen Reichsregierung, die in den kommenden Wochen und Monaten vielleicht den schwersten Gang seit Versailles und London anzutreten hat, so zu stärken, daß, soweit es auf das deutsche Parlament ankommt, die Voraussetzungen für einen achtbaren Erfolg geschaffen werden. Wir haben bisher der Politik Dr. Stresemanns mit unbedingter Sachlichkeit gegenübergestanden und werden das auch weiter tun. Ich weiß nicht, ob es Sensationslust war, die einen gewissen Gegensatz zwischen uns und Dr. Stresemann konstruieren wollte. (Lebhafte Rufe: Die „Germania"!) Bei allen Parteien wird den Journalisten ein gewisses Mindestmaß von Denk- und Meinungsfreiheit gewährt, unter das meine Partei jedenfalls nicht herabzugehen wünscht.

Wir identifizieren uns gewiß nicht mit diesen Ausführungen der „Germania".

Ich persönlich bedauere, daß daraus der Eindruck entstehen konnte, als ob wir in dem Augenblick, wo wir den Außenminister in erfreulicher Frische wieder vor uns sehen, die Frage seiner Vertretung in ein akutes Stadium rücken wollten. (Rufe: Schreiber!) Die von meinem Freund Schreiber an der Zusammensetzung des Auswärtigen Amts geübte Kritik war nicht sensationell.

Wir wollen allerdings, daß das Auswärtige Amt nicht wie eine Berg-Athos-Republik den tüchtigen Kräften aus dem Volke verschlossen bleibt.

(Abg. Höllein (Komm.): „Nachtigall ich hör dir laufen!") Sie haben wenig Aussicht, Kulturattachee zu werden! (Heiterkeit.) Wenn die Genfer Verhandlungen diesmal viel Mißstimmung geschaffen haben, so begrüßen wir doch, daß Reichskanzler Müller deutlich den Anstoß dazu gegeben hat, daß nun von der anderen Seite die bisherige Methode der unwahrhaftigen Courtoisie-Gespräche verlassen wurde.

Die Minderheitsfrage

wird bei den künftigen Verhandlungen eine große Rolle spielen. Wir bitten die Regierung, besonders Polen gegenüber, nicht mehr so kompromißwillig in dieser Frage zu sein, wie bisher. Die Genfer Institutionen haben ihre endgültige Form noch nicht gefunden. Die von englischer Seite dem Völkerbundsbudget gegenüber beobachtete übertriebene Sparsamkeit zeigt die Absicht, den Arbeitsbereich des Völkerbundes einzuschränken und in seiner Weiterentwicklung zu drosseln.

Bei den Reparationsverhandlungen ist der von Poincaré eingenommene Standpunkt für uns unannehmbar.

Er würde keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung bringen. Der von Dr. Wirth aufgestellte Grundsatz muß für die Verhandlungen gelten:

Erst Brot, dann Reparationen!

Der deutsche Leistungswille muß seine Grenze finden an der deutschen Leistungsfähigkeit. Die deutsche Leistungsfähigkeit darf nicht bemessen werden nach der deutschen Hungerfähigkeit. (Lebh. Zustimmung.) Was

die Räumungsfrage

betrifft, so muß daran erinnert werden, wie man in Frankreich die Unterzeichnung des Kelloggpaktes als eine Garantie des Friedens gefeiert hat. Diese Friedensbeteuerungen werden zum Lippenbekenntnis entwertet, wenn man die moralischen und juristischen Konsequenzen nicht zieht, die sich aus dieser Umgestaltung der Beziehungen ganz von selbst ergeben. Hätten „die großen Vier" beim Entwerfen des Versailler Vertrages gewußt, daß Deutschland schon so kurze Zeit nach dem Kriege in so hervorragender Weise an der Sicherung des Friedens mitarbeiten würde, dann hätte sie die 15jährige Besatzungsdauer nicht als notwendiges Pfand für die Vertragstreue Deutschlands bezeichnen können. Die Okkupation Deutschlands durch den amerikanischen Dollar ist eine viel bessere Garantie.

Frankreich sollte endlich die große befreiende Geste der Rheinlandräumung machen,

damit endlich ein Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich entstehen kann, wie es für eine gesunde Entwicklung der Verhältnisse Gesamteuropas wünschenswert ist. Wir wenden nichts ein gegen Verhandlungen über unseren Räumungsanspruch. Wenn aber versucht wird, über den letzten Besatzungstermin hinaus eine Kontroll-, Feststellungs- oder Vergleichskommission einzurichten, dann wünscht auch das Zentrum, daß einem solchen Versuch

ein energisches definitives Nein

von deutscher Seite entgegengesetzt wird. (Beifall.) Wir wollen die Austragungen von Differenzen lieber im Völkerbundsrat als in den Dunkelkammern solcher Kommissionen. Die Entmilitarisierung der rheinischen Zone ist nicht ein Friedensinstrument, sondern eher ein Instrument zur Erhöhung der Chancen unserer Gegner. Deutschland ist durch die Einkreisung mit solchen ähnlichen Zonen in seiner Verteidigungsmöglichkeit stark beeinträchtigt. Durch die Einführung der

Handels- und Industriespionage im besetzten Gebiet

ist eine Art Grenzlandschau der deutschen Industrie im Rheinland eingetreten.

In unserer Außenpolitik bieten die letzten Ereignisse keinen Anlaß zum Optimismus. Auffallend ist vor allem die Passivität der englischen Außenpolitik, seit sie nicht mehr von Chamberlain geleitet wird. Diese Politik macht geradezu den Eindruck, als ob sich England in einem Klientelverhältnis der französischen Politik gegenüberfühle, das für die Weiterentwicklung der europäischen Verhältnisse von größter Bedeutung sein könnte. Wenn tatsächlich zwischen England und Frankreich ein militärisches Abkommen vorläge, so würde das nicht nur eine Krisis, sondern das Ende der Locarnoabmachungen bedeuten. (Beifall.) Wir wollen festhalten an der Politik der Verständigung unter Verteidigung der Rechte der Souveränität, die uns im Rheinland noch geblieben sind. Solange von der Gegenseite nicht eine klare Lösung der Räumungsfrage zugestanden ist, dürfen wir uns auf verschleierte weitere Abstriche von unserer Souveränität nicht einlassen. Lieber ein klares Nein, als ein halbes Ja! (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Dernburg (Dem.),

der auf der Tribüne schwer verständlich war, erklärte, ihn hätten viele demokratische rheinische Organisationen zu der Erklärung ermächtigt, daß die Bevölkerung des besetzten Gebietes trotz des dringenden Wunsches nach beschleunigter Räumung die Erfüllung dieses Wunsches nicht erkauft sehen möchte durch irgendwelche weitere der Gesamtbevölkerung des Reiches auferlegte Opfer, durch weitere Beeinträchtigung der deutschen Souveränität. Die deutsche Reparationsregelung dürfe keinesfalls mit der Frage der Schulden der Alliierten an Amerika verquickt werden. Das deutsche Steueraufkommen biete nicht ein richtiges Bild der deutschen Leistungsfähigkeit, weil die Steuern vielfach von der Substanz genommen würden. Der persönliche Angriff des Grafen Westarp gegen den Abgeordneten Georg Bernhard sei ganz unberechtigt. Der Redner erklärte dazu: Im Auftrage des Abgeordneten Bernhard stelle ich fest, daß er in Genf keine Unterredung geführt hat, von deren Inhalt er nicht sofort dem Reichskanzler oder anderen verantwortlichen Mitgliedern der Delegation Mitteilung gemacht habe. Ueber einen Teil dieser Unterredungen habe er vorher sich der Einwilligung des Reichskanzlers und des Herrn von Schubert versichert. Graf Westarp, so schloß der Redner, bekämpft hier mit großer Schärfe Verträge und Abmachungen, die er seinerzeit, wie den Dawespakt selbst angenommen hat.

Unsere Politik befindet sich in der schwierigsten Lage, die seit einer langen Reihe von Jahren zu verzeichnen war.

Wir hoffen, daß es dem Reichsaußenminister nach der Wiederherstellung seiner Gesundheit gelingen wird, uns aus dieser schwierigen Lage herauszuführen.

Abg. Dr. Bredt (W. P.):

Es ist nicht zu leugnen, daß unsere Außenpolitik in der letzten Zeit viele Mißerfolge erlitten hat, aber

ohne Verständigungspolitik geht es heute einfach nicht mehr.

Die Gewaltpolitik ist zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die Wirtschaft ist heute viel mächtiger als die Bajonette. Daraus entspringt die überragende Machtstellung Amerikas. Der Völkerbund hat heute die Völker so zusammengeschlossen, daß der isolierte Krieg eines Staates gegen den anderen gar nicht mehr möglich ist. Der Kelloggpakt hat das Wort von Clausewitz ganz außer Kraft gesetzt, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Der Krieg ist durch diesen Pakt als Mittel der Politik ausgeschaltet.

Wir nähern uns einer ganz neuen Epoche des Völkerrechts.

Die Kämpfe der Nationen übertragen sich jetzt auf das Wirtschaftsgebiet, und die militärischen Machtmittel sind nicht mehr das Entscheidende. Jeder Staat hat das Bestreben, daß die andern ihm die Ware abnehmen. Wir haben eine Ueberproduktion in der ganzen Welt.

Wenn die Welt bereit wäre, uns alle die Waren abzunehmen, die wir produzieren können, dann wären wir trotz der Reparation noch eines der reichsten Länder der Welt.

Wir haben viele Bedenken gegen unsere Außenpolitik, aber wir stellen diese zurück, weil gerade in der Außenpolitik eine Einheitsfront uns nottut. Das sollten auch andere Parteien berücksichtigen.

Um 7 Uhr wurde die Weiterberung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses.

Berlin, 19. Nov. Der Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei trat heute in Anwesenheit des Reichskanzlers Müller-Franken im Berliner Parteigebäude zu einer Aussprache über die politische Lage zusammen. Nachdem in einer auswärtigen Debatte laut „Vorwärts" ein einmütiges Einverständnis mit der Reichstagsrede Otto Wels' vom 16. November zum Ausdruck kam, wurde die Haltung der Reichstagsfraktion gutgeheißen. Besondere Beschlüsse wurden nicht gefaßt; dem Parteivorstand wurde aufgegeben, wenn die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung in Fluß kommen, den Parteiausschuß wieder zusammenzuberufen.

Arbeitsgemeinschaft zwischen Bayerischer Volkspartei und Welfen

Berlin, 19. Nov. Die Abgeordneten der bayrischen Volkspartei und der Deutsch-Hannoverschen Partei im Reichstag haben sich unter Wahrung völliger Selbständigkeit zwecks späterer Beteiligung an den Ausschußsitzungen zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt.

Anschluß Thüringens an Preußen?

(!) **Weimar, 19. Nov.** Auf einem volksparteilichen Vertretertag des Wahlkreises 12 (Thüringen) in Weimar, an dem auch der frühere thüringische Staatsminister Dr. Leuthäuser, ferner der Reichstagsabgeordnete Dr. Pfeffer-Gotha, der neue thüringische Innen- und Justizminister Dr. Riedel und der ehemalige Sonderhausener Staatsminister Bauer, der Führer der volksparteilichen Fraktion im thüringischen Landtag, teilnahmen, nahm man einstimmig eine vom Landesverband Ostthüringen der Deutschen Volkspartei vorgeschlagene längere Entschließung an, die den Verzicht auf die bisherige staatliche Selbständigkeit Thüringens fordert. Die Resolution besagt u. a.: Vertretertag und Landesausschuß der Deutschen Volkspartei ersuchen den Vorstand, im Einvernehmen mit der volksparteilichen Landtagsfraktion unverzüglich die Vorarbeiten zur Klärung der Frage in Angriff zu nehmen und einer demnächst stattfindenden Landesausschußsitzung Vorschläge über die einzuleitenden Schritte zu unterbreiten.

Eine Rede Hugenbergs.

„Wir verdammen den Parlamentarismus. . . Mit dem Stahlhelm muß uns enge Waffenbrüderschaft verbinden."

Liegnitz, 19. Nov. Geheimrat Hugenberg hielt gestern vor dem Kreisverein Liegnitz-Stadt und Land der Deutschnationalen Volkspartei eine Rede über Volksbegehren, Reparationsfrage und Dawesvertrag und führte u. a. aus: Unser Staat ist aufgebaut auf dem Parlamentarismus. Wir Deutschnationalen befinden uns diesen Zuständen gegenüber in einem inneren Gegensatz. Wir verdammen den Parlamentarismus, sind aber durch die Verhältnisse gezwungen, in seinem Rahmen mitzuarbeiten. Der einzige Weg, der uns retten kann, ist die Stärkung der Macht des Reichspräsidenten. Mit dem Stahlhelm muß uns enge Waffenbrüderschaft verbinden, mit ihm müssen wir Schulter an Schulter marschieren, um die Macht des Parlamentes einzuschränken und die Stellung des Reichspräsidenten zu heben.

Zu den Daweslasten bemerkte Hugenberg, die Kredite, die seit 1924 der deutschen Wirtschaft zugeflossen sind, stammen zum größten Teil eigentlich nicht aus dem Auslande, sondern aus Deutschland selbst, da sie nur zu dem Zweck aufgenommen wurden, die Löcher auszufüllen, die durch die Reparationszahlungen in die deutsche Wirtschaft gerissen wurden. Einer Revision des Dawesplanes sehen wir mit den schwersten Sorgen entgegen. Andererseits haben wir gegenüber der Welt das Recht auf eine Revision, aber zu unseren Gunsten.

Marschall Tschanghsueliang ermordet?

(). **Tokio, 19. Nov.** Wie die japanische Presse aus Mukden meldet, soll Marschall Tschanghsueliang am Sonntag in Mukden ermordet worden sein. Eine Bestätigung dieser Nachricht von chinesischer amtlicher Seite liegt bis jetzt noch nicht vor. Auf sämtliche Anfragen bei der japanischen Vertretung in Mukden konnte man keine Bestätigung dieser Nachricht erhalten.

Anzeigen für die

Mittwochsnummer

(Buß- und Bettag)

erbitten wir uns bis heute mittag

12 Uhr.

Die Donnerstagnummer erscheint ohne Anzeigen

Aus der Heimat.

Personalnotiz.

Bocholt, 20. Novbr. Herr Studienrat Dr. Storm, der seit einigen Jahren am städtischen Gymnasium tätig ist, ist an das Realgymnasium zu Duisburg-Meiderich gewählt worden und tritt die Stelle am 1. April 1929 an.

Sprechstunde der Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle.

Bocholt, 20. November. Die Sprechstunde der Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle des Stadtkreises Bocholt fällt am morgigen Mittwoch (Buß- u. Bettag) aus.

Ausstellung im Marien-Oberlyzeum.

Bocholt, 20. November. Augenblicklich veranstaltet das Marien-Oberlyzeum eine Ausstellung von Schülerarbeiten aus dem Gebiet des Zeichen- und Werkunterrichts des letzten Jahres, die einen interessanten Einblick in das nach den modernen Lehr- und Arbeitsmethoden gestaltete Schaffen der Schülerinnen gibt. Hier ist jedes Schema und alle Schablone fortgefallen, so daß nicht nur der individuellen Auffassung und Durchführung weiter Spielraum gelassen ist, sondern dieses Arbeiten bedeutet für die Kinder auch eine wohltuende Entspannung nach der Belastung des rein wissenschaftlichen Unterrichts. In übersichtlicher Anordnung zeigt die Ausstellung Bleistift- und Kohlezeichnungen, Aquarelle und Arbeiten nach den verschiedensten Techniken von Schülerinnen der einzelnen Klassen, die sehr sehenswert sind und teilweise ein vorzügliches Können verraten. Auch die Werkarbeiten, die fast alle praktische Gegenstände zeigen, zum Gebrauch im Hause und zum Schmuck des Heims verwendbar, stellen der Ausbildung der Schülerinnen durch ihre Lehrerin Fräulein Cl. Günder das beste Zeugnis aus. Die neuen schöne Räume mit den modernen praktischen Arbeitspulten ermöglichen auch einen so vielseitigen und intensiven Unterricht, wie er bei den beschränkten Platzverhältnissen vor der Erweiterung der Anstalt garnicht möglich war. — Besonderes Interesse verdienen die Gemälde und Handarbeiten nach eigenen Entwürfen von Fräulein Cl. Günder. Hier sahen wir in den Gemälden ein starkes Talent und eine überaus phantasiereiche Gestaltungskraft. In Landschaften, Stilleben, Porträts usw. zeigt die Künstlerin eine vorzügliche Erfassung des Motivs und feinstes technisches Können. Viel künstlerischen Formen- und Farbensinn erraten auch die Handarbeiten nach eigenen Entwürfen, unter denen sich manche beachtenswerte Erzeugnisse befanden. Wir möchten einen Besuch der Ausstellung, die bis Donnerstag einschließlich geöffnet ist, allen Interessenten wärmstens empfehlen.

Bezirkstagung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Bocholt.

Am vergangenen Sonntag, nachmittags 5 Uhr, fand im kleinen Schützenhaussaale eine Bezirkstagung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens statt, veranstaltet von der hiesigen Ortsgruppe, sowie vom Landesverband Rheinland-Westfalen des C. V., dessen 25-jähriges Bestehen den Anlaß dazu gegeben hat. Die Tagung, zu der die Mitglieder mit ihren Angehörigen äußerst zahlreich erschienen waren, wurde eröffnet von Frau Gustav Gompertz, die in ihren Einleitungsworten auf die Gründung der Ortsgruppe Bocholt vor 25 Jahren im früheren Steinerschen Saale hinwies und besonders derjenigen gedachte, die so eifrig für den Verein gewirkt haben und die jetzt nicht mehr sind, vor allem des langjährigen ersten Vorsitzenden des Vereins Herrn Sigmund Weyl. Sie betonte, daß die Mitglieder im Geiste dieser Leute festhalten müßten am Gedanken des C. V., d. h. ebenso gute Juden wie Deutsche und ebenso gute Deutsche wie Juden zu sein. Die Existenz des Vereins sei heute noch viel berechtigter als vor 25 Jahren, da sich die Verhältnisse stark zu Ungunsten des jüdischen Bevölkerungsteils geändert hätten. Sie begrüßte dann besonders den Redner des Tages, den Syndikus des C. V., Herrn Dr. Reichmann, Berlin, sowie den Syndikus des Landesverbandes Rheinland-Westfalen, Herrn Waldstein, Essen.

Ein von dem Schauspieler Engel, Berlin verfaßter und von dem Oberprimaner Otto Wolff überaus schön vorgetragener Prolog schuf dann eine würdige ernste Stimmung, die noch vertieft wurde durch die Rede des Herrn Dr. Reichmann, der nach einigen kurzen Ausführungen des Herrn Syndikus Waldstein das Wort erhielt. Dieser ging davon aus, daß Feste auch Tage ernster Besinnung sein sollten, daher solle auch die heutige Feier des 25-jährigen Bestehens des C. V. die Mitglieder veranlassen, über die politischen Dinge nachzudenken, die den C. V. bewegten. Der C. V. ist weniger ein Verein als eine Bewegung, deren geistige Grundlage zurückführt in die Tage Moses Mendelsohns. Daher sollen wir heute der Männer gedenken, die Anfang des vorigen Jahrhunderts sich für die Emanzipationsbewegung eingesetzt haben. Sie wurden zwar enttäuscht, denn auch nach der bürgerlichen Revolution von 1848 blieb die Judenemanzipation immer noch Problem. Die Juden hatten zwar formell viele Rechte, aber es bedurfte noch vieler Anstrengungen, die materielle Verwaltungspraxis mit dieser formell statuierten Gleichberechtigung in Einklang zu bringen. Nach der Gründung der antisemitischen Stöckerbewegung wurde im Jahre 1893 der C. V. gegründet, und zwar zur Durchsetzung des Rechtes der deutschen Juden. Bei jeder freiheitlichen Bewegung wurde der Glaube der Juden an die Beseitigung alter Vorurteile enttäuscht, 1848, 1914 und auch 1918. Der Geist von Weimar hat die Mehrheit der deutschen Köpfe noch nicht erfaßt. Wieder standen ernst zu nehmende und mächtige Kreise auf mit der Judenphrase. Die 62 beglaubigten Friedhofschändungen und die Verdächtigung, beim Gladbecker Mord handele es sich um einen Ritualmord sind einige traurige Beispiele, wohin eine hemmungslose Hetze führen kann. Wie so häufig in der Geschichte, versucht man bei irgendwelchen Schicksalsschlägen der Minderheit die Schuld zu geben. Unter diesem Gesetz der Minderheit haben die Katholiken ebenso zu leiden gehabt, trotz ihrer eigenen Toleranz. Die Wirkung der Hetze seit 1918 zeigt sich darin, daß die Judenfrage, die garnicht zu einem Problem zu werden brauchte, heute selbstverständlich geworden ist. Wieder sind die Juden in Gefahr, in ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Ghetto zu geraten. Für die heranwachsende Jugend kann man schon jetzt von einer Berufstragik sprechen. Unter zwei großen Gesichtspunkten wird der C. V. weiter kämpfen, unter den Gesichtspunkten des Rechts und der Aufklärung. Er tritt in den Kampf nicht um kleinlicher Interessen willen, sondern um Großes und Geistiges, wie wir es bei den besten Deutschen finden, um Recht und Wahrheit.

Nachdem Frau Gomperz dem Redner für seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen den Dank der Versammlung ausgesprochen hatte, betonte sie, daß nach dem Ernst auch Scherz und Frohsinn zu ihrem Rechte kommen müßten. Verschiedene Tänze und Vorführungen der Jugend auf einer kleinen Bühne wurden mit freudiger Zustimmung aufgenommen. Bei Darbietungen der verschiedensten Art, Tanzvorführungen und humoristischen Vorträgen zeigten dann die Mitglieder ihr Können und sorgten für eine äußerst gemütliche Stimmung. Bei den Weisen der guten Kapelle blieb man dann noch lange zum Tanz beisammen, bis die vorgerückte Zeit der in allen Teilen schön verlaufenen Feier ein Ende machte.

Aus Kunst und Leben.

Sonderkonzert des M. G. V. „Sängerbund".

In dem Zwischenkonzert am 18. November, das der M. G. V. „Sängerbund" in die Reihe seiner Hauptveranstaltungen eingeschoben hatte, war vorwiegend dem Frauenchor des Vereins das Wort gegeben. Das Konzert hätte besseren Besuch verdient; denn die Leistungen standen durchweg auf einer erfreulichen Höhe. Mit einer Reihe von gut gewählten Liedspenden bewies der Chor unter seinem Dirigenten Overheidt, Wesel, sorgfältige Schulung, verbunden mit warmer Singfreudigkeit. Es gelang dem Chor — was gerade bei den hoch- und offenliegenden Frauenstimmen schwer ist — eine tadellos reine Intonation vom ersten bis zum letzten Auftreten, auch bei den Liedern, die mit ihren überraschenden abseits liegenden harmonischen Wendungen an die Ton-Auffassungskraft beträchtliche Anforderungen stellen, wie dies vorab bei dem still versonnenen „Ein altes Lied" von Trunk der Fall war. Auch wirkte der geschlossene Chorklang, das restlose Aufgehen der Einzelstimmen in die Gesamt-Klangmasse vorzüglich. Aus dem Kranz der Lieder seien noch das geistliche Lied von Neal „Frühlingsreigen" in Kanonform von demselben Komponisten, der Jäger-Chor von Schubert und neben den leichter gehaltenen Liedern im Volkston von Hiller die freundliche Gabe des Dirigenten „Frühlingseinzug" genannt. Die Leistungen der Solistin, Frau Lehmkuhl-Geldermann, zwar nicht frei von Unebenheiten der Stimmbildung, fanden ebenfalls freudigen Beifall und können die Sängerin zu zielbewußter Fortsetzung ihres Gesangstudiums ermutigen. Tonkünstler Brüggemann, Münster bewies sich wieder als liebenswürdige, schlichte und wahre Künstlernatur. Eine geschulte Technik, die sich nie selbst sucht, ein warmes musikalisches Empfinden, ein sicheres Gefühl für das Echte und Dauernde zeichneten sein Spiel aus. In die Klavierbegleitung — von der in der Vorbesprechung und dem Programm angekündigten Orgel (Harmonium) war nichts zu hören — teilten sich Herr Overheidt und Herr Sieverding, Mitglied des Männerchores. Bei letzterem hätte stellenweise die Klavierpartie kräftiger betont werden dürfen. Das Ganze ergab in der Zusammenstellung und Haltung ein gerundetes Bild, und die fühlbare Absicht des veranstaltenden Vereins, im Rahmen der gegebenen Möglichkeit eine musikalische Feierstunde zu vermitteln, wurde durchaus erreicht.

O—f.

„Don Carlos."

2. Gastspiel des Stadttheaters Hagen in Bocholt.

Die Aufführung des Schillerschen Dramas „Don Carlos" durch das Stadttheater Hagen findet heute abend 7,30 Uhr im Schützenhaussaale statt. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß die Vorstellung pünktlich beginnen muß. Darum werden die Besucher gebeten, frühzeitig ihre Plätze einzunehmen. Um 7,30 Uhr werden die Saaltüren geschlossen bis nach Beendigung des ersten Aktes, damit alle Störungen vermieden werden.

Aktes, damit alle Störungen vermieden werden. — In den Buchhandlungen Temming und Heilborn und Neyenhaus sind noch einige Karten zu haben.

r. **Krechting**, 19. November. **Noch glimpflich abgelaufen.** Am Sonntag vormittag kam es auf der Straße von hier nach Rhede wieder zu einem Autounfall, der aber glücklicherweise noch ziemlich glimpflich verlief. In der Nähe der Nienhausschen Besitzung in Altrhede nahm der Wagen einer hiesigen Firma die Kurve zu kurz, streifte dabei einen Baum, kam dadurch ins Schleudern und fuhr mitten vor den nächsten Baum. Der Führer des Wagens kam mit dem Schrecken davon. Der Wagen wurde durch den Zusammenstoß arg mitgenommen und mußte abgeschleppt werden.

2 Jahre Bocholter Textilfachschule.

Vor etwa 2 Jahren wurde von der Stadtverwaltung, dem Arbeitsnachweis und der Fabrikantenvereinigung eine Betriebsfachschule für die Textilindustrie ins Leben gerufen. Diese Schule, die sich aus kleinen Anfängen entwickeln mußte, (sie war bisher in dem Hintergebäude des Arbeitsnachweises untergebracht), ist inzwischen dadurch, daß die Stadt Bocholt für diese Zwecke das Fabrikgebäude der Stoffschuh- und Schäftefabrik an der Hohenzollernstraße erworben hat, eine moderne, allen Anforderungen gewachsene Fachschule geworden. An der Schule werden Kurse für Werkmeister und Untermeister abgehalten, außerdem werden ungelernte Arbeiter zu Textilarbeitern angelernt.

Am Mittwoch, Freitag und Samstag dieser Woche finden an der genannten Schule erstmalig Abschlußprüfungen statt und zwar die schriftlichen Prüfungen in den Fächern: Fachrechnen, Bindungslehre, Maschinenlehre, Musterausnehmen und Materiallehre.

14 Tage nach der schriftlichen Prüfung findet in Anwesenheit des Oberregierungsrates Franzisket von der Regierung Münster die mündliche Prüfung statt, mit der dann die staatliche Anerkennung der Schule erfolgen wird. Am 14. Dezember wird Ministerialdirektor Dr. Kühne vom Handelsministerium Berlin nach hier kommen, um sich über die Schule und die Leistungen der Schüler zu informieren.

Zur Zeit werden an der Schule ca. 45 Meisterschüler unterrichtet, von denen jetzt 34 zur Prüfung zugelassen sind. Der Lehrgang umfaßt 4 Semester (2 Jahre) mit insgesamt 960 Stunden. Unterrichtet wird in den Fächern: Praktische Arbeit, Maschinenlehre, Musterausnehmen, Bindungslehre, Fachrechnen, Materiallehre, Fachzeichnen und Patronieren, Gesetzeskunde usw. Die Unterrichtsmethode ist dieselbe wie an Webschulen bezw. höheren Textilfachschulen.

An Webereimaschinen sind zur Zeit im Werkraum der Schule vorhanden:

2 Webstühle mit Oberschlag, Festblatt und Außentrittexzentern, System Hodgson,

1 Webstuhl mit Oberschlag, Losblatt und Innentrittexzentern, System Vomag,

1 Webstuhl mit Oberschlag, Losblatt und 4 bind. Innentrittexzentern, System Schönherr,

1 Webstuhl mit Oberschlag, Losblatt, Eccleswechsel und 12 schäftiger Offenfach-Hattersleyschaftmaschine mit Abrandvorrichtung, System Butterworth & Dickinson,

1 Webstuhl mit Oberschlag, Frottiervorrichtung durch Zurückgehen des Rietes, Eccleswechsel und Schaftmaschine, die auch den Wechsel steuert, System Butterworth & Dickinson,

1 Webstuhl mit Oberschlag und Trommelgeschirrbewegung System Butterworth & Dickinson,

1 Webstuhl mit Unterschlag und Steigkastenwechsel, System Hacking, auf diesem Stuhl eine 25 schäftige Verdolschaftmaschine, System Stäubli,

1 Webstuhl mit Unterschlag, Innentrittexzentern, Steigkastenwechsel System Lentz,

1 Webstuhl mit Mittelschlag, beiderseitigem Steigkastenwechsel und 18 schäftiger Schwingtrommelschaftmaschine, System Lentz,

1 Webstuhl (für Genua-Cord) mit Unterschlag, System Lentz,

1 Webstuhl mit Oberschlag, Revolverwechsel, Stecher und Frottiervorrichtung durch Einknicken der Schubstange und 20 schäftiger Hattersley Schaftmaschine, die auch den Schützenwechsel steuert, System Thiele,

1 Webstuhl mit Oberschlag, Losblatt Außentritt und Revolverüberspringerwechsel, System Gentsch,

1 Webstuhl mit Mittelschlag und Steigkastenwechsel, System Schönherr, auf diesem Stuhl eine 536er Hochtieffachschrägfachjacquardmaschine, System Zangs.

Am Vorbereitungsmaschinen sind vorhanden: eine Patenthochleistungszettelanlage, eine Hochleistungskreuzspulmaschine und eine Hochleistungsschußspulmaschine, alle System Schlafhorst.

Ferner befinden sich im Werkraum der Schule: ein Handwebstuhl, eine Jacquardkartenschlagmaschine, eine Webschützencalistiermaschine, eine Bohrmaschine und ein Schweißapparat.

Der Antrieb der Webstühle und der sonstigen Maschinen erfolgt elektrisch durch Einzel- oder Gruppenantrieb. Die Elektromotoren lieferten A. E. G., Simens-Schuckert, Sachsenwerk, Schorch und Bergmann.

Die Schule ist bestrebt durch fortlaufende Anschaffung neuer Maschinen modernster Ausführung den Betrieb weiter zu vervollkommnen, um so den übrigen Textilfachschulen ebenbürtig zu sein, so daß in Zukunft diejenigen jungen Leute, die bisher auswärtige Schulen zu besuchen gezwungen waren, jetzt in Bocholt mit wesentlich geringeren Kosten die gleiche vorschriftsmäßige Ausbildung als Webermeister erhalten können.



* **Dorsten**, 19. November. **Es war doch ein Selbstmord.** Es ist nunmehr einwandfrei festgestellt worden, daß der am 29. Oktober auf der Eisenbahnstrecke Haltern—Wesel zerstückelt aufgefundene August Both aus Gelsenkirchen-Buer Selbstmord begangen hat. Der Tote ist vor seiner unglückseligen Tat auch in Dorsten gesehen worden. Kurz vor seinem Tode hat er sich in einem Friseurgeschäft in Holsterhausen noch ein Glas Wasser geben lassen. Die Ermittlungen der Polizei, haben einwandfrei ergeben, daß der junge Mann wahrscheinlich in einem Anfalle von geistiger Umnachtung den Tod gesucht hat. Den Gerüchten, es handele sich um ein Verbrechen, ist damit der Boden entzogen.

* **Haltern**, 19. November. **Schwerer Verkehrsunfall.** Als der jugendliche Fiehe aus Sythen abends auf der Chaussee nach Dülmen mit dem Fahrrad fuhr, wurde er zwischen den Bergen von einem Auto aus Buer angefahren und zur Seite geschleudert. Der Chauffeur des Wagens hielt sofort an und brachte den Schwerverletzten zum Krankenhaus. Die Polizei nahm die Ermittlungen sofort auf, doch ist die Schuldfrage noch nicht geklärt. Das Fahrrad wurde total zertrümmert.

* **Gronau**, 19. November. **Ein umfangreicher Pferdeschmuggel.** Ein umfangreicher Pferdeschmuggel, der sich Jahre hindurch in der Gegend zwischen Gildehaus und Gronau abgespielt hat, ist von der Zollbehörde aufgedeckt worden. Danach besteht der dringende Verdacht, daß die Pferdehändler Fl. aus Gronau und Fr. Gr. aus Holt und Haar in den Jahren 1925 und den folgenden mindestens 50 Pferde über die Grenze gebracht haben. Die beiden Beschuldigten sind flüchtig; Haftbefehl ist erlassen. Der Schmuggel soll sich hauptsächlich zwischen Gronau und Gildehaus abgespielt haben, doch sollen auch bei Brandlechterhaar und Holt und Haar viele Pferde herüberschmuggelt worden sein. Die Bemühungen zur weiteren Klärung sind im Gange. Hoffentlich decken sie sämtliche Zusammenhänge dieser Schmuggelaffäre, wohl eine der größten, der man hier auf die Spur kam, restlos auf.

Vom Niederrhein.

—t. **Isselburg**, 19. November. **Kath. Arbeiter-Verein.** Im vollbesetzten Saale des kath. Arbeitervereins fand am Sonntag die Aufführung des Schauspiels „Hubertus" statt. Nach einem Einleitungsmarsch der Musikkapelle gab der Präses Herr Pastor Schmidt der Lehrerin Fräulein Winter aus Hamborn das Wort, die einen interessanten Vortrag über „Schule und Elternhaus" hielt. In ihren Ausführungen betonte sie besonders die Notwendigkeit verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen beiden Erziehungsfaktoren. Die Anwesenden folgten den Worten der Rednerin mit Aufmerksamkeit und Interesse und spendeten ihnen lebhaften Beifall. Darauf ging das Schauspiel über die Bretter. Trotz der großen Anforderungen die an die einzelnen Spieler gestellt wurden, entledigten sich diese vorzüglich ihrer Aufgabe. Der starke Beifall bewies, daß die Zuschauer sich für das Gebotene dankbar erwiesen. Zum Schlusse dankte Herr Pastor Schmidt der Rednerin Fräulein Lehrerin Winter für ihren sehr interessanten Vortrag, den Spielern für das schöne Spiel und der Musikkapelle für ihre Darbietungen, durch die sie zur Verschönerung der Feier beigetragen hat.

— **Wesel**, 19. November. **Tod infolge eines Unfalls.** In einem städtischen Gebäude stürzte die Frau eines Hausmeisters so unglücklich von der Treppe, daß sie an den Folgen des Sturzes bald darauf gestorben ist.

— **Wesel**, 20. November. **Viehmarkt.** Zum gestrigen Viehmarkt waren 777 Schweine aufgetrieben. Es wurden gezahlt für die Alterswochen 4—6 Wochen 15—20 Mark, 6—8 Wochen 20—25 Mark, 8—13 Wochen 25—35 Mark, Läuferschweine 35—50 Mark. Nächster Markt am 3. Dezbr.

— **Till**, 19. November. **Brandunglück.** In der Nacht von Freitag auf Samstag, wohl durch den Sturm begünstigt, brannte das Anwesen des Einwohners Tiggelbeck von hier bis auf die Umfassungsmauern nieder.

Turnen, Sport und Spiel.

Olympia 1. M. — Rasensport Oberhausen 2:6 (0:4).

Vor etwa 1200 Zuschauern ging dieses Treffen vor sich. Die Olympianer mußten sogar auf eigenem Platz eine ziffernmäßig recht hohe Niederlage einstecken. Um es jedoch gleich vorweg zu nehmen: Der Sieg des Gastes war in jeder Hinsicht verdient, jedoch nicht mit diesem Torunterschied, der wohl nicht ganz dem Spielverlauf entspricht. Rasensport Oberhausen ist nach ihrem hier gezeigten Spiel wohl als der zukünftige Meister der Gruppe 5 anzusprechen, denn ihr ganzes Können wie Spielaufbau, Ballbehandlung sowie Stellungsspiel ist, ohne die Niederlage der Grünweißen damit abschwächen zu wollen, in der ganzen zweiten Bezirksklasse des Kreises Duisburg nicht zu überbieten. Siegesaussichten waren für die Platzherren unter keinen Umständen vorhanden oder man mußte ein Riesenglück gehabt haben. Leider leitete das Treffen ein vollständig unfähiger Schiedsrichter. Wir wollen ihm durchaus keine Parteilichkeit vorwerfen, aber seine Unfähigkeit zog sich wie ein blutroter Streifen fast durch das ganze Spiel. Leider waren die Olympianer diejenige Partei, die am stärksten unter dieser Unfähigkeit zu leiden hatte. Zum Spielverlauf wäre folgendes zu sagen: Die ersten Minuten gehören unstreitbar den Gastgebern. Dann findet sich jedoch auch der Gast und seine Angriffe können nur mit äußerster Energie unterbunden werden. Durch eine äußerst zweifelhafte Eckenentscheidung kommt der Gast zu seinem ersten Erfolg. Durch glänzende Kombination fällt Nr. 2. Ein Elfmeter, den Wesselink verschuldet haben sollte, bringt Nr. 3. Eine kolossal kleinliche Entscheidung des Schiedsrichters, denn im zweiten Verlauf des Spieles, als die Olympianer Nutznieher solcher Verfehlungen sein sollten, bleib der Unparteiische blind. Kurz vor der Pause fällt der vierte Treffer. Nach der Pause wurde umgestellt. Ob's richtig war? Wohl wird das erste Gegentor erzwungen. Doch ein Selbsttor stellt das alte Verhältnis wieder her. Dem Unparteiischen gleitet mehr und mehr die Leitung aus der Hand. Eins, zwei, nein sogar drei berechtigte Elfer sind für die Olympianer fällig. Der Schiedsrichter sieht nichts oder will nichts sehen. Dagegen pfeift er, wenn die Einheimischen klar im Vorteil liegen, kleinliche Vergehen des Gegners an. Der Gastgeber hat dadurch mehr Schaden als Nutzen. Jede Partei erzielt noch einen Treffer und dann ist Schluß. Ein Schluß, den sich wohl wenige und vor allen Dingen nicht die Fanatiker vorausgesagt haben. Vom sportlichen Stadtpunkt aus möchte man jedoch wünschen, daß man öfters solche Gegner, aber nicht im Meisterschaftsspiel hier sehen würde. Denn von solchen Gegnern kann man lernen. Sein Spiel überzeugt und begeistert.

Sportklub 1926 1. M. — Wacker Rees 1. M. 8:3 (3:2).

Auf dem Sportplatz Sachsenstraße trugen die beiden Tabellenführer der Gruppe A und B ein Gesellschaftsspiel aus, das die 26er verdient in dieser Höhe gewannen. Die Bocholter waren ihrem Gegner besonders in der Stürmerreihe überlegen. Im Sturm war eine Umstellung vorgenommen worden, die sich als vorteilhaft erwies. Das Zuspiel war sehr genau und die linke Seite stand den andern nichts nach. Die Läuferreihe war auf ihrem Posten und verdient das Prädikat gut. Die Verteidigung war in der zweiten Halbzeit besser als in der ersten. Der Torwart stand den andern nichts nach. Wacker Rees drängt mit Wind spielend zuerst sehr stark und erzielt auch mehrere Ecken. Dann wird das Spiel ausgeglichener und Sp. Clubs Mittelstürmer sendet zum ersten Mal ein. Der Halblinke zeichnet für das folgende Tor verantwortlich. Jedoch gleicht Rees sofort danach aus. Der linke Läufer stellt dann durch Strafstoß das Halbzeitergebnis her. Nach Halbzeit spielen die 26er mit Wind und nun spielt der Sturm in einer selten gesehenen Form. Der Rechtsaußen erhöht den Vorsprung auf 4:2, der Mittelstürmer auf 5:2, dann tritt der Halbrechte das sechste Tor dem der Rechtsaußen das siebente und der Mittelstürmer das achte Tor folgen läßt, und da die Reeser inzwischen durch Elfmeter zu ihrem dritten Tor kommen, buchen die 26er einen wohl von keinem Menschen erwarteten 8:3 Sieg, der in der Hauptsache wohl durch das großartige Spiel der Stürmerreihe zustande kam. Die 26er spielten in folgender Aufstellung: Giesberts, Bämen, Elsemann, Schaffeld, Ridder, Nachtigall, Knüfing, Jos., v. d. Heiden, Uhlenbrock, Tümmers, Knüfing G. In der zweiten Halbzeit tauschten Uhlenbrock und v. d. Heiden ihre Posten. Da die 26er beide Punkte aus dem Spiel gegen Friedrichsfeld zugesprochen bekommen haben, stehen sie mit drei Spielen und 6 Punkte an der Spitze. — Die zweite Jugend schlug 1900 zweite Jugend 4:0. — Die Schülermannschaft verlor 3:2 gegen Schüler 1900.

Bocholter Fußballklub 1900, Jugend-Abteilung.

Das fällige Diplomspiel der ersten Jugendmannschaft gegen die erste von Olympia ging mit 5:2 Toren verloren, was nur auf das gänzliche Versagen der beiden Außenläufer und Außenstürmer zurückzuführen ist. — Die zweite Jugendmannschaft verlor gegen die zweite vom Sportklub 1926 4:0. — Die erste Schülermannschaft konnte dagegen einen einwandfreien Sieg gegen die mit 12 Mann spielende erste Schülermannschaft vom Sportklub 1926 3:2 herausholen, was in erster Linie dem neuen Mittelläufer Bernhard Wissing, zu verdanken ist. W.

S. V. Biemenhorst.

Das Spiel der 1. Jugend gegen die gleiche Elf vom Weseler Spielverein ging mit 1:6 verloren.

Sport- und Spielverein Rhede 1. M. — Feldmark Wesel 3:1 (0:1).

Sport- und Spielverein Rhede erste Jugend gegen Feldmark Wesel 1. Jugend 5:0. Die Jugendmannschaft führt in ihrer Gruppe mit 12 Punkten und 20:1 Toren.

Gottesdienst-Ordnung.

Andachten im Laufe der Woche:

St. Georg. Am Mittwoch ist Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges, — kein kirchlicher Feiertag. Die hl. Messen sind wie an den Sonntagen: 6, 7, 8 und 9 Uhr. 10 Uhr Hochamt für die gefallenen Krieger. Nachmittags 3 Uhr Andacht für die Armen Seelen. / Am Donnerstag ist um 8,30 Uhr Sakraments-Hochamt, abends 8,30 Uhr Sakraments-Andacht. — **Liebfrauen.** Am Mittwoch 9 Uhr ist ein Seelenamt für die Opfer des letzten großen Krieges. Die anderen hl. Messen sind: 6, 7 und 8 Uhr. Abends ist um 8 Uhr Kreuzweg-Andacht für die Armen Seelen. — **St. Josef.** Am Mittwoch sind 6.30, 8 und 9 Uhr hl. Messen. 10 Uhr Seelenamt für die gefallenen Krieger. 2 Uhr Andacht für dieselben. 8 Uhr gem. hl. Kommunion der Mädchen aus der Schule 6, Dienstag 12 Uhr Vorbereitung. Abends 5 Uhr Gelegenheit zum Beichten. — **St. Klara.** Am Mittwoch 7 Uhr Seelenmesse für die Opfer des Weltkrieges. / Um 6,30 Uhr ist keine hl. Messe. — **Spork.** Am Mittwoch ist Gedenktag für die gefallenen Krieger. 8 Uhr Requiem für die Gefallenen aus der Gemeinde. Nachmittags 5 Uhr Kreuzweg-Andacht für die Krieger.

Verantwortlich für den Inhalt: für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Alfons van Bevern, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Zacher und Dr. Häfner, Berlin SW. 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibora, Münster. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. B. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen anzeigenteil Joh. Kempkes, Bocholt

Heinrich Moddenborg
Josefa Moddenborg
geb. van der Linde 6297 e
VERMÄHLTE
Bocholt. Dingdenerstr. 140,
den 20 November 1928.

STATT KARTEN.
Julius Wedding
Änne Wedding
geb. Haisinkveld
VERMÄHLTE 6299 e
Rhede, Bocholt,
den 20. November 1928

Nachruf

Nach schwerem Leiden schied am 16. November im 68. Jahre seines Lebens

Herr Rektor i. R.

Albert Becker

aus dem Leben. Mit ihm ist ein Mann von unermüdlicher Arbeitskraft und vielseitigem, auf reicher Erfahrung gestütztem Wissen dahingegangen.

Mehr als drei Jahrzehnte hat der Verewigte an leitender Stelle in Diensten unserer Organisation gestanden und ist infolge seines nie versagenden Pflichtgefühls bis zum völligen körperlichen Zusammenbruch seinen Berufspflichten nachgekommen. Er war uns ein wertvoller Mitarbeiter, ein Vorbild nie erlahmenden Fleißes, ein Mann von aufrechter und mannhafter Gesinnung, dessen Lücke wir nur schwerlich ausfüllen können.

Mit aufrichtigem Bedauern müssen wir sowohl wie die Mitglieder, deren jahrelanger Berater er war, nunmehr auf seine bewährten Ratschläge, auf die Früchte seiner reichen genossenschaftlichen Erfahrungen verzichten. Wir sind davon überzeugt, daß tiefe Trauer alle erfüllt, die ihn gekannt haben und alle, mit denen er gearbeitet hat.

Sein Geist wird in den Früchten seiner Arbeit fortwirken. Sein Andenken bleibt in uns lebendig.

Der Vorstand und Aufsichtsrat
des
Rheder Spar- und Darlehnskassenvereins
e. G. m. u. H.

Gestern nachmittag verschied nach kurzem, schwerem Leiden lfm. 9413

Herr Rektor a. d. Albert Becker

Mitglied des Kirchenvorstandes
Inhaber des päpstlichen Ehrenkreuzes „pro Ecclesia et Pontifice".

Der Verstorbene hat ein Menschenalter hindurch erst als Lehrer, später als Rektor in unermüdlichem Eifer und großer Pflichttreue an der hiesigen Volksschule gewirkt.

40 Jahre lang war er als Organist und Chorleiter bis zur Erschöpfung seiner Kräfte tätig. Noch im vorigen Jahre wurden seine Verdienste um die Förderung des kirchlichen Gesanges vom Hl. Vater durch Verleihung des Ehrenkreuzes pro Ecclesia et Pontifice anerkannt. Möge Gott der Herr ihm lohnen, was er in seinem arbeitsreichen Leben im Dienste der Kirche und Schule gewirkt hat.

Rhede, den 17. November 1928.

Die Pfarrgeistlichen.
Das Lehrerkollegium.
Der Kirchenvorstand.

Nachruf!

Am 16. November starb nach einem überaus tätigen Leben unser früherer Lehrer lfm. 9431

Herr Rektor a. D.

Albert Becker

Wir betrauern in ihm einen Mann, der 42 Jahre lang in vorbildlicher Weise seine ganze Kraft der Erziehung der Jugend widmete. Alle diejenigen, denen er Lehrer war, wissen so recht zu schätzen, was er für die Schule getan hat. Wir werden ihm ein dauerndes, dankbares Andenken bewahren.

Die ehemaligen Schüler.

Capitol-Theater

Dienstag, Mittwoch (Feiertag), u. Donnerstag

Ein großer Erfolg

verbürgen die Namen der Hauptdarsteller:
Grete Reinwald **Ernst Rückert**
in dem großen dramatischen Filmwerk:



Das große Drama von Krieg und Frieden, von Liebe und deutscher Treue. Dramatische Schicksale eines Offiziers und eines jungen Mädchens in 8 Akten im deutschen Vaterland und in der Fremde.

In der weiteren Besetzung **Leo Peukert, Carl Auen, Charles Willi Kayser und Vicky Werkmeister.**

Ferner das große Schauspiel nach der Idee von Dr. Kurt Thomalla

Das Erwachen des Weibes

Grete Mosheim, unterstützt durch die übrige hervorragende Besetzung wie Herm. Valentin, Wolfgang Zilzer, Harry Lambert Paulsen, Lybia Potechina, Herm. Picha, Margarete Kupfer und Sybil Marell zeigt uns das tragische und ergreifende Schicksal eines jungen Mädchens.

Außerdem das übrige Beiprogramm.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 7,30 Uhr unsere innigst geliebte gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, die

Ww. Bernhard Aholt

Johanna geb. Kock
Mitglied des Dritten Ordens

nach längerer Krankheit, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im fast vollendeten 86. Lebensjahre, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bocholt, Gemen, Steyl, Anholt, Vehlingen, den 18. November 1928.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Mittwoch, den 21. November, in der Liebfrauenkirche, morgens 8 Uhr, darauf die Beerdigung vom Sterbehause, Langenbergstraße 5, aus, wozu freundl. eingeladen wird. lfm 9417

Beteiligung!

Durch Anteilscheine von 1000 Mark und mehr bei alter weltbekannter Firma zwecks Erweiterung. Sichere Kapitalanlage für Jedermann.

Offerten erbeten unter E 9410 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kakao Schokoladen Pralinen
kauft die Hausfrau **am besten** bei
Reichardt
Alleinverkauf Nordstraße 12.
Kaffee ❖ Tee
Krankenweine
Gutscheine gratis.

Krücken
einfach u. verstellbar in allen Preislagen.
Drogerie Bruns,
Nordstraße 22

Wenig gebrauchte
Federkarre
zu verkaufen. 6295
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute nachmittag 3 Uhr, unseren lieben Sohn, Bruder und Enkel

Heinrich Schulze-Wülfing

zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Er starb nach kurzer, schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von fast 24 Jahren.

Wir bitten, der Seele des lieben Verstorbenen im Gebete recht oft zu gedenken.

Crommert, den 17. November 1928.

Familie Johann Schulze-Wülfing.

Die Beerdigung findet statt zu Rhede am Mittwoch, den 21. November 1928, morgens 9 Uhr, vom St. Vinzenz-Hospitale aus, darnach das feierliche Seelenamt in der Pfarrkirche daselbst, wozu hiermit freundlichst eingeladen wird. lfm 9425

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so wird gebeten, diese als solche betrachten zu wollen.

Apollo-Theater

Neustraße

Dienstag, Mittwoch (Feiertag) und Donnerstag.

Gewaltig

türmt sich Menschenschicksal in den Tagen des Durchbruchs bei Gorlice.
Zwischen Kriegsrecht und Liebe steht düster



Das Feldgericht von Gorlice

Ein Film von unerhörter Wucht und Dramatik mit **Dagny Servaes** und **Christa Tordy.** * 6 spannende u. dramatische Akte von erschütternder Lebenswahrheit.

Ferner ein Film nach dem englischen Schauspiel »Der Heuchler«, betitelt:

Zerbrochene Ehe

Der Film zeigt uns in 8 hochdramatischen Akten im Rahmen einer spannenden Handlung die Wirkung des Dämons Alkohol, erzählt uns von den Leiden einer zerrütteten Ehe und deren tragischem Ausgang.

Hierzu das übrige Beiprogramm.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am 16. ds. Mts. verschied in Warstein nach langer, mit größter Geduld ertragener Krankheit, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Kirche, unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante, die lfm 9418

Klavierlehrerin

Frl. Maria Riepenhoff

Mitglied des Dritten Ordens
im 79. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Wwe. Vinz. Riepenhoff.

Bocholt, Augsburg, Rotterdam, Düsseldorf, Newyork, Sao Paulo, Paris, den 19. Novbr. 1928.

Die Beerdigung findet in Warstein statt.
Das feierliche Seelenamt findet in der St. Georgiuskirche am Freitag um 7 Uhr statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau und unserer guten Mutter, sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. lfm 9312

Bocholt, im November 1928.

Familie Johann Graf.

Gutes Sehen ❖ halbe Arbeit!

Das menschliche Auge muß in der Regel mehr leisten als irgend ein anderer Körperteil. Nicht nur bei der Arbeit, selbst in den Mußestunden, bei der Lektüre, bei der Handarbeit, wenn alle andern Körperteile ruhen, ist das Auge in Tätigkeit. Darum ist es nötig, bei vorhandenen Sehfehlern dieselben durch Augengläser auszugleichen zu lassen. Niemals zuvor gab es eine Zeit, wo dem menschlichen Auge solche Leistungen zugemutet wurden. — Augengläser sollten Sie nur beim **Fachmann** kaufen, wo Sie vollste Gewähr haben, auch das zu bekommen, was für Sie das Beste ist.

Optiker Winkler,
Neustraße 18

fertigt **Brillen u. Kneifer** für jedes Auge passend in eigener Werkstatt.
Reparaturen sofort.
Lieferant für Krankenkassen.

Achtung! Landwirte!

Elektrisch betriebene
automatische
Hauswasserversorgungs-Anlagen
liefert und installiert
Gebr. Becher, Bocholt i.W.
Fernruf 2143.

Tätige, evtl. stille Beteiligung

bietet kleines schuldenfreies Unternehmen sehr ausdehnungsfähig, mit Ia Kundschaft. Gewünscht wird kath. Herr mit etwas Vermögen ca. Mk 500,— bis 1000,—. Ich habe geringste Betriebskosten. Nur ernstl. Reflt. erhalten von mir nähere Auskunft.

Gefl. Angebote erbeten unter L 6294 an die Geschäftsst. ds. Blattes.

Bessere Wohnung

von 8—10 Räumen in Bocholt gesucht. Angebote unter C 9377 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

☛ Zahlreiche Anfragen veranlassen uns darauf hinzuweisen, daß bei allen Anzeigen, wo eine Offertabgabe an die Geschäftsstelle gewünscht wird, von uns

keinerlei Auskunft

gegeben werden kann.

Bocholter Volksblatt.

Rheder Volksblatt
Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamts von Bürgermeistern ämtern und Ämtern des Kreises Borken
Organ der Zentrumspartei

Nummer

Das

Nationalsozialistischer Antrag

Der Aeltestenrat Dienstag früh eine Beschlüssen wird sich Abschluß der außenpolitischen der nächsten Woche sollen dann im Laufe Das Gesetz über den rat, die Handwerkerung, die Arbeitsfonarbeiter, das Schankstättengedarunter zuerst diese Ehescheidung, gemäß Artikel 119 der des außerehelichen Deutschnationalen Ueber die darauf folnoch nicht getroffen aber die Tage, an dem stattfindet, also etwa frei bleiben.

In der Plenarsitzung 11 Uhr begann, teilte verschiedenen zur Aufnoch ein

nationalsozialistischen Reichsantrag

hinzugekommen sei.

Abg. Müller

führte aus, die mit dem geführte deutsche durchaus imperialistischen Genf habe die deutsche Fiasko erlitten. Ihre bezeichnend das Fehlen ziehungen zu Rußland verfolge das Ziel, Deutschlichen kapitalistischen zugliedern. Die Kommunistische Tendenz der russische Nervosität und aufnehmen, nicht im Interwehrbewegung der Arbeiments. Im kommenden nisten die Reichswehr überzugehen. (Beifall

Abg. Freiherr

(D. V.) erklärte, die Ausführungen des land habe jetzt den Es sei notwendig daß sche Volksvertretung nicht weiter, wenn jederungen stellt, wenn eigene Außenpolitik auf diejenigen Forde Verwirklichung haben übrigen Länder liegen mit der Locarno-Politik Deutschland ist durch eine Wiederholung der seinen wirtschaftlichen unter der Locarno weil Locarno uns einlungen mit den Westmächten Dummheit, wenn verkaufsfuriert, uns zurückziehen würde abgeordneten Dr. Kaas Kopf: „Und ein biß'l Locarno, und ein biß'l Falschheit

Es lag in dieser Note Locarnopolitik. Vor Wirth immer wieder Locarnopolitik nur die Zentrum gebaut habe carnopolitik fest England weiter Politik wollen. Diese Politik russische Nervosität und Presse. Wir halten uns abgeschlossenen Verträge Beziehungen Rußlands bessern

Der Redner ging dann Polen über. Seiten erklärte er, wurde im einem Handelsvertrag aber festzustellen, daß schluß verhindert wurde als in Beurteilung des guten Willen der zweifeln. Sie scheinen herzustellen, in dem Deutschfriedes spielt, um so Pole an den so schwerwiegenden Räumung des Rheinlandes

Die Unterzeichnung

▲ Berlin, 20. Nov. eingebrachte Mißtrauensminister ist unterzeichnet tionalsozialistischen Gesetz Bauernpartei, dann der bis zur letzten Wahl Partei angehörte.

Die Meinung

Die gestrigen Ausführungen Dr. Stresemann, der Tage nach langer Abwesenheit Blätter begrüßt wird und